Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

# Karlsruher Zeitung. 1784-1933
# 1861

9.7.1861 (No. 159)

Visual Library

# Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 9. Juli.

Nr. 159.

Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1861.


Unsere auswärtigen HH. Abonnenten machen wir darauf aufmerksam, daß sämmtliche Abonnirungen bei den großh. Posterpeditionen mit Ende des vorigen Monats abgelaufen sind. Wir ersuchen deßhalb, wo der Fortbezug gewünscht wird, dieselben baldgefällig bei den betreffenden Poststellen erneuern zu wollen. Der Abonnirungspreis beträgt, die Postboten- und Briefträger-Gebühr eingerechnet, in den Orten des Landpost-Bezirks Karlsruhe vierteljährlich 2 fl. 4 kr., und halbjährlich 4 fl. 8 kr., in allen andern Orten des Großherzogthums vierteljährlich 2 fl. 23 kr., halbjährlich 4 fl. 45 kr.; für welche Beträge die einzelnen Nummern vollständig franko den HH. Abonnenten zuzustellen sind.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

## Amtlicher Theil.

Karlsruhe, den 8. Juli.

### Medaillenverleihung.

Seine Königliche Hoheit der Großherzog haben laut höchster Entschließung vom 1. d. M. gnädigst geruht, dem Entenfänger Hofjäger Johann Wenner zu Rintheim in Anerkennung seiner vieljährigen treuen Dienste die kleine goldene Zivil-Verdienstmedaille zu verleihen.

## Nicht-Amtlicher Theil.

### Telegramme.

△ **Wien**, Montag 8. Juli. Die Präsidenten beider Häuser des ungarischen Landtags, Graf Apponyi und Ghiczy, wurden heute Nachmittag 2 Uhr im Beisein der beiden ungarischen Minister und des Grafen Szecsen, sowie der ersten Generaladjutanten von dem Kaiser empfangen. Se. Majestät nahm die Adresse entgegen und bemerkte in ungarischer Sprache, er werde die Erwiederung dem ungarischen Landtage zugehen lassen. Der Kaiser trug die Uniform eines Husarenobristen.

* **Turin**, 7. Juli. Die „Opinione" dementirt gewisse auf das Anlehen bezügliche Veröffentlichungen und erklärt sich zur Mittheilung berechtigt, daß der Finanzminister noch keine Unterhandlungen eingeleitet und seine Absichten noch nicht kundgegeben hat.

* **Madrid**, 6. Juli. Die Haitianer sind in das Gebiet von San Domingo eingefallen. Santana, Alfau und Pelaez sind in aller Eile nach der Grenze marschirt. Das Land waffnet sich mit Begeisterung. Von Havannah sind 16 Schiffe mit Truppen abgegangen.

Man meldet aus Loja: Die Faktion ist vollständig aufgelöst. Ihr Führer ist beinahe ganz allein entkommen.

### Generalsynode.

* **Karlsruhe**, 7. Juli. Wir haben gestern das Ergebniß der Endabstimmung über den Verfassungsentwurf mitgetheilt und lassen heute zunächst Einiges aus den Reden folgen, mit welchen die Minorität ihre Abstimmung und Verzichtleistung begründete. Vollständigeres wird ohne Zweifel das Synodalblatt bringen. Es liegt in der Natur der Sache, daß die drei Mitglieder, welche sich der Abstimmung enthielten, im Wesentlichen ihrer Anschauungsweise nicht weit auseinander gingen. Sie könnten nicht ja und nein zugleich, aber ebensowenig das Eine oder Andere allein sagen.

Oberkirchenrath Mühlhäußer bemerkte, seine Stellung zum Ganzen der Verfassung habe er bereits ausgesprochen; dieselbe sei innerhalb des Entwurfs genommen. Gegen einzelne Ausführungen des leitenden Grundsatzes habe er Bedenken erhoben und auf deren Beseitigung gehofft; diese Hoffnung sei jedoch unerfüllt geblieben. Der Entwurf im Ganzen sage ihm theils zu, theils verkenne er nicht, daß er eine annehmbare, aus edelster Gesinnung gebotene Gabe sei; weßhalb er nicht gegen den Entwurf stimmen könne. Da man aber Wahrheit fordert, so käme er in Widerspruch mit sich selbst, wenn er dafür stimmen würde, weil eben neben unwichtigeren Bedenken auch die wichtigsten nicht gehoben worden. Gehe der Entwurf durch, so werde er nach bestem Wissen und Gewissen den zu seiner Ausführung schuldigen Gehorsam leisten. Er wünsche von Herzen, daß durch die neue Verfassung der Ausbau der Kirche gefördert werde; aber er müsse bitten, ihm die Abstimmung zu erlassen.

Der Abg. Hamm trat dieser Erklärung bei, und fügte hinzu, daß er das viele Gute, das der Entwurf, den veränderten Zeitverhältnissen Rechnung tragend, enthalte, nicht verkenne; allein Anderes darin mache es ihm unmöglich, unbedingt sich für dessen Annahme zu erklären. Er sehe sich daher ebenfalls genöthigt, auf die Abstimmung zu verzichten.

In ähnlicher Weise bemerkte der Abg. Häusser, er habe seine persönliche Stellung zu dem Verfassungsentwurf schon früher bezeichnet. Es sei dies keine dem Entwurf feindselig entgegenstehende, sondern eine in seinem Prinzip der größern Betheiligung der Gemeinde an den kirchlichen Angelegenheiten wurzelnde. Daher sei er nicht im Stande, die neue Verfassung zu verwerfen; allein er könne sie so, wie sie vorliege, auch nicht gutheißen, weil Das, was er wesentlich geändert wünschte, unverändert geblieben sei. In dieser Lage bleibe ihm Nichts übrig, als sich der Abstimmung zu enthalten.

Die vier übrigen Mitglieder trafen in dem Resultat zusammen, wenn auch ihre Motive nicht ganz dieselben waren. Oberkirchenrath Heinz wies auf den Bericht der Minorität hin, nach welchem sie, wenn ihre Voraussetzungen unerfüllt bleiben sollten, der Synode die Annahme des Entwurfs nicht empfehlen könne. Er bemerkte ferner, wie es ihm aufrichtig darum zu thun gewesen sei, seiner Zeit mit einem gemeinsamen Antrag vor die Versammlung zu treten. Er habe daher auch allen einzelnen Bestimmungen, welche die Rechte der Gesammtgemeinde und der einzelnen Gemeinden erweitern, gern zugestimmt. Dagegen könne er über Einen Punkt, die Zusammensetzung der Generalsynode, in welcher künftig das Schwergewicht der Kirche ruhe, nicht hinauskommen. In den Anträgen der Majorität erblicke er ein vollständiges Abweichen von dem von ihm anerkannten und vertretenen Verfassungsprinzip. Er erinnert an die Aeußerung eines Mitgliedes der Majorität, welches in der Kommission erklärte, daß, wenn man den §. 62 modifizire, es die ganze Verfassung verwerfen müsse. In dieser Lage befindet nun Redner sich ebenfalls, aber im umgekehrten Sinne, und darum müsse er gegen den Entwurf stimmen.

Dekan Riehm glaubt gewiß zu sein, daß die Synode in der Minorität nicht eine Partei erblicke, der es nur um Widerspruch zu thun sein. Man habe die Hand zum Frieden geboten. Er wünschte ebenfalls Verständigung und stellt nicht in Abrede, daß die Verfassung viel Gutes gewähre, indem sie eine größere Betheiligung der Gemeinde an den kirchlichen Angelegenheiten einleite. Die Eröffnungsworte seien ihm tief ins Herz gedrungen. Möchte es sich nur bewähren, daß erneuertes und geheiligtes Leben in unsern Gemeinden waltet! Noch aber sei es nicht so. Er habe Vielem in der Verfassung zugestimmt, aber eventuell, in der Hoffnung, daß prinzipielle Aenderungen stattfinden würden. Es geschah nicht, was er hoffte. Man hege große Erwartungen von der neuen Verfassung. Er vermöge dies noch nicht; er bitte aber Gott, daß er alle seine und andere Furcht zu Schanden mache, damit er bald mit vollem und freudigem Herzen zur Verfassung stehen könne. Zur Zeit vermöge er dies nicht und könne auch die Verantwortlichkeit nicht auf sich nehmen, welche die Verfassung fordert. Er stimme daher gegen den Entwurf.

Pfarrer Fink hat das Gute nie verkannt, das die Verfassung gewähre. Er dankt Gott, daß der Grund zur rechten Freiheit der Kirche gelegt ist, und dankt dem edlen hochherzigen Fürsten, der das Wort aussprach, daß die Kirche frei sein soll. Vielleicht gehe es besser mit der Verfassung, als er jetzt meine; er wird jedenfalls mit Freudigkeit dafür wirken. Gegen die Unterstellung verwahre er sich, als ob die Minorität eine geistliche Herrschaft und Macht habe erstreben und üben wollen. Das werde ihr Niemand zutrauen; aber auch dagegen verwahre er sich, als ob ihr Widerspruch die That der Widersetzlichkeit habe begründen sollen. Uebrigens sehe er viel Fremdartiges neben Dem, was aus Christi Geist komme, und eben so viel der historischen Grundlage unserer kirchlichen Verfassung Widerstreitendes. Darum, und weil die neue Verfassung auch ihr Theil habe an der Raschheit der Entwicklungen unserer Zeit, fürchte er, daß statt Ordnung und Freiheit etwas Anderes in die Kirche komme, und könne die Verfassung weder empfehlen noch verantworten, sondern stimme dagegen.

Auch Dekan Gräbener wollte keine prinzipielle Opposition machen und will die Einführung der Verfassung nicht hindern, sondern dafür wirken. Wenn ihm aber auch einzelne Bestimmungen zusagen, so sind doch die leitenden Ideen aus einem modernen Zeitbewußtsein herübergenommen auf die Kirche, der sie nicht förderlich und nicht dienlich seien. Alle Lebensimpulse auf den Leib des Herrn müssen von ihm ausgehen. Auf dem historischen Boden der Verfassung hätte man das neue Gebäude aufführen sollen. Er fürchte Manches, und freue sich ebenfalls, wenn seine Furcht beschämt werde. So lange er aber fürchte — und das thue er zur Zeit noch — könne er die Folgen der Verantwortlichkeit nicht auf sich nehmen. Ein tief betrübendes Gefühl ergreife ihn, daß er sich nicht in Uebereinstimmung mit so vielen, von ihm hochverehrten Männern, und auch nicht mit der ihm vorgesetzten hohen Behörde wisse, der er gerne Gehorsam leiste; aber das freudige Bewußtsein erhebe ihn wieder, daß er eine, wenn auch schwere Pflicht erfülle, wenn er erklärt, er könne der Verfassung nicht beistimmen.

Hierauf ergreift Prälat Holtzmann das Wort, um dem Gefühl, das sich jetzt seiner bemächtigt habe, einen Ausdruck zu geben. Es sei dies das Gefühl des tiefen Schmerzes, daß eine Anzahl hochachtbarer Männer sich von der Mehrheit der Versammlung trenne, wiewohl in einer Weise, die die Hochachtung gegen sie nur vermehre. Die Minorität habe mit Ergriffenheit, Ruhe und Würde ihre Stellung bezeichnet und vertheidigt. Daher thue es ihm wehe, daß der Gewissensdrang hier eine Scheidung bewirkte. Dieses Gefühl des Schmerzes habe er aussprechen wollen, aber er füge doch noch ein Wort zur Rechtfertigung seiner Abstimmung, die nicht die der Minorität sei, hinzu. Es sei richtig, daß, was von erneuerter und geheiligter Kraft in der Kirche sei, herangezogen werden solle; dabei könne es aber allerdings wohl geschehen, daß auch Unerneuertes in die Regierung der Kirche berufen werde. Indessen sei es eben unmöglich, den Menschen, in welchem erneuertes, und den, in welchem unerneuertes Leben ist, immer gehörig zu unterscheiden. Man möge an das Gleichniß vom Unkraut unter dem Weizen und von den Fischen im Netz denken. Die Ausscheidung habe ihre Zeit; wir seien aber noch nicht an der Ernte und noch nicht an der Stunde angelangt, in welcher man das Netz auf das Land ziehe. Es gebe gewiß viele Pfarrer und Kirchengemeinderäthe mit erneuertem und geheiligtem Leben; er wage aber nicht zu sagen, daß dies bei allen der Fall sei; noch weniger wage er zu sagen, in Denen, die nicht Pfarrer und Kirchengemeinderäthe sind, sei kein erneuertes und geheiligtes Leben. Dieses Leben binde sich an keinen Stand und keinen Beruf; es sei da, wo es der Herr erweckt. So lange man keine Zeichen aufstellen kann als Gesetz, könne er nicht wie die Vorredner, sondern müsse anders stimmen.

Kirchenrath Schenkel, welcher der Majorität und Minorität für die Aufnahme dankt, die sein Bericht gefunden, theilt das Schmerzgefühl, das so eben ausgesprochen worden war — aber in seinem Schmerz sei auch wieder ein Schimmer der Hoffnung. Die Minorität stimme in Vielem, Großem und Wesentlichem bei; sie stehe mit ihrer Ueberzeugung theilweise innerhalb des Entwurfs, und könne sich nur mit einzelnen Bestimmungen nicht befreunden. Wenn also auch ihr Herz ihr den Zutritt verbiete, so werde doch das Wort sich erfüllen: Wer nicht wider mich, ist für mich. Man werde bald in der Verfassung den Boden finden, auf welchem man wieder miteinander gehen könne. Jesus Christus sei der einzige Herr über Alle; und über ihm werde man sich an Einem Ziele wiederfinden. Es sei ihm Bedürfniß, noch einem Gefühl Ausdruck zu geben, und er sei sich bewußt, dabei im Namen der Minorität wie der Majorität zu sprechen, nämlich dem tiefen Gefühl des Dankes für die humane, christliche, unparteiische und liebevolle Leitung der Verhandlungen durch den hochverehrten Hrn. Präsidenten. Die ganze Versammlung erhebt sich zustimmend.

Der Hr. Präsident erwiedert, man beschäme ihn. Wenn je einem Präsidenten die Leitung einer solchen Versammlung leicht geworden, so sei dies bei ihm der Fall gewesen. Während der ganzen Dauer der Verhandlungen habe ein tiefer sittlicher Ernst gewaltet, und kein Mißton die Harmonie des Strebens gestört. Die Versammlung habe sich gleichsam selbst geleitet, und dadurch sei ihm die Leitung zur Freude gemacht worden.

Den Rest der Sitzung füllte die Diskussion über die verschiedenen Wahlordnungen aus. Hierauf ergriff der Hr. Präsident das Wort wieder und sprach ungefähr Folgendes: Die wichtigste Aufgabe der Synode sei nun würdig mit großem Eifer und großer Ausdauer gelöst. Weise Umsicht und redliches Streben, das Wahre zu finden, haben die Berathungen geleitet. Er danke im Namen der Kirchenregierung für die vertrauensvolle Aufnahme der Vorlage. Die freie Zustimmung einer so intelligenten Versammlung könne nur zur Bestätigung gereichen, daß sich die Verfassung bewähren werde. Er danke auch der Minorität, daß, obwohl ihr Vieles nicht zusagte, sie doch gerecht genug war, das Gute anzuerkennen. Die Ruhe und Besonnenheit, mit der die Diskussionen geführt wurden, könne nur die gegenseitige Hochachtung sichern. Dieses friedliche Zusammenwirken möge eine Vorbedeutung sein, daß überall auf der Grundlage der Verfassung ein gleich würdiger und brüderlicher Geist erwache und erstarke.

Der Eindruck, den diese Sitzung hervorrief, war ein tiefer; er wird auch ein gesegneter werden.

### Deutschland.

‡ **Karlsruhe**, 8. Juli. Die „Zeitung für Norddeutschland" enthält einen Artikel, welcher das von uns in unzweideutiger Weise dementirte Gerücht des Abschlusses einer Militärkonvention zwischen Baden und Preußen in einer neuen Fassung wieder in Kurs zu bringen versucht. Darnach soll die großh. Regierung in Berlin haben Eröffnungen machen lassen, nach welchen sie ihre Geneigtheit zu Unterhandlungen wegen einer Militärkonvention mit Preußen von der Berufung des deutschen Parlaments abhängig macht. Wir sind ermächtigt, zu erklären, daß diese Nachricht ganz ebenso vollständig einer jeden thatsächlichen Begründung entbehrt, wie alle andern ähnlichen, welche wir bereits zu widersprechen Veranlassung hatten. Es ist unter beiden Regierungen die Frage des Abschlusses einer Militärkonvention überhaupt nicht berührt worden, es haben keinerlei Er-

öffnungen in irgend einer Weise stattgefunden, und es konnte somit auch von der Bedingung, von der die „Zeitung für Norddeutschland" sich erzählen läßt, keine Rede sein.

Da die „Allgemeine Zeitung" es in ihrer Lage für angemessen hält, sich auch wieder zum Organ dieser neuen tendenziösen Lüge zu machen, so wollen wir das Publikum darauf aufmerksam machen, wie die Redaktion der „Allgemeinen Zeitung" zwar die Verantwortung der thatsächlichen Unwahrheiten ihrem Korrespondenten zugeschoben, aber kein Wort der Rechtfertigung für die weit schwerere Verschuldung hat, die ihre eigene allein und ganz allein ist. Diese sehen wir nämlich darin, daß die „Allgem. Zeitung" eine Korrespondenz aufnahm, welche den Vorschlag enthielt, das Großherzogthum Baden aus der Reihe der Bundesstaaten und seiner vollberechtigten Stellung am Bunde zu verdrängen. Dieser Vorschlag war kein thatsächlicher Irrthum eines Korrespondenten, sondern ein keineswegs isolirter Parteigedanke. Niemand anders, als die Redaktion der „Allgem. Zeitung" selbst, kann die Verantwortung seiner Veröffentlichung treffen. Nur, wenn sie ihn theilte, durfte sie seiner Verbreitung einen Raum in ihren Spalten gönnen. Weil sie Letzteres gethan hat, muß sie es sich gefallen lassen, der Theilnahme an der schamlosen Intrigue bezichtigt zu werden, mit welcher die „großdeutschen" und „ultramontanen" Blätter während der letzten Wochen sich entehrt haben.

* **Karlsruhe,** 8. Juli. Das gestrige Fest zur Feier der durch die Vollendung der Eisenbahn jetzt wieder bewirkten nähern Verbindung der Schwesterstädte Pforzheim und Karlsruhe hatte, obgleich vom Wetter nicht ganz begünstigt, den heitersten Verlauf. Die Pforzheimer Gäste, etwa 40 an der Zahl, trafen ½12 Uhr hier ein, und wurden auf dem Bahnhof von dem Festkomitee und einigen andern Bürgern empfangen. Hr. Oberbürgermeister Malsch begrüßte sie in einer kurzen Ansprache, die von Hrn. Bürgermeister Zerrenner von Pforzheim erwiedert wurde, und nun ging's in einer langen Wagenreihe in die mit Fahnen geschmückte Stadt herein, zunächst zu einem Frühstück, welches im Kaffee Beck eingenommen wurde. Von da bewegte sich der Zug nach Gottesaue, wo die artilleristische Modellsammlung besichtigt wurde, in das Zeughaus, in den großh. Küchengarten, wo namentlich die Trauben- und Ananaszucht großes Interesse erweckte, in den Fasanengarten, den Botanischen Garten u. s. w. Um 5 Uhr begann das Festmahl in dem sinnig verzierten großen Museumssaale, an welchem gegen 150 Personen Theil nahmen, unter ihnen auch Se. Excell. der Kriegspräsident Generalleutnant Ludwig, Hr. Staatsrath Nüßlin, die HH. Geh. Räthe Lamey und Weizel und der Präsident des Ministeriums des Auswärtigen Frhr. v. Roggenbach (die andern Mitglieder des Staatsministeriums waren verhindert). Zahlreiche Toaste gaben der freudig erregten Stimmung der Tafelrunde lebhaften Ausdruck, unter denen wir einige namhaft machen. Hr. Oberbürgermeister Malsch brachte ein Hoch auf Ihre Königl. Hoheiten den Großherzog und die Großherzogin, sowie auf das ganze Großherzogliche Haus aus, in welches die Anwesenden jubelnd einstimmten. Ihm folgte Hr. Hofbuchhändler Knittel mit einem Hoch auf Pforzheim und die Pforzheimer, welches Hr. Bürgermeister Zerrenner durch ein Hoch auf Karlsruhe erwiederte. Hr. Dr. Kusel brachte einen Toast aus auf das Großh. Staatsministerium; derselbe wurde durch Hrn. Geh. Rath Lamey mit einem Toast auf das Vaterland erwiedert. Es braucht nicht erst ausdrücklich bemerkt zu werden, daß alle diese Toaste den wärmsten Anklang fanden. Es hatte inzwischen wiederholt geregnet und so ging man von dem Plane ab, den Kaffee im Museumsgarten zu nehmen, und nahm ihn ebenfalls im Saal. Gegen 8 Uhr brach die Gesellschaft auf und begab sich nach dem Lokale der „Eintracht". Der für diesen Ort projektirte Theil des Festes wurde jedoch leider durch den Regen etwas beeinträchtigt; wenigstens konnte die in wirklich großem Styl arrangirte Gartenbeleuchtung nur ganz verkümmert zur Ausführung gebracht werden. Indessen erlitt die Festfreude dadurch keinen Abbruch. Man begab sich in den obern Saal der „Eintracht", wo sich bereits auch ein Kreis von Damen eingefunden hatte, und verbrachte den Rest der Zeit theils beim Tanz, theils beim Glase Bier. Nach 10 Uhr brachen die Pforzheimer auf und begaben sich, geleitet von den hiesigen Festgebern, nach dem Bahnhof, wo ein langer Bahnzug, nach freundschaftlicher Verabschiedung, die Ersteren entführte. Ein elektrisches Licht begrüßte die Scheidenden zum Schluß noch bei Gottesaue. Der ganze Verlauf des Festes hat Jedermann sichtlich befriedigt, und die Bande der alten Freundschaft zwischen den beiden, einander jetzt so nahe gerückten Städten sind ohne Zweifel gestern noch enger geschlungen worden.

* **Karlsruhe,** 8. Juli. (Generalsynode.) Oeffentliche Sitzung Dienstag 9. d., Morgens 9 Uhr. Tagesordnung: Diskussion des Berichts über die Diözesansynodal-Protokolle. Kartenabgabe ½9 Uhr auf dem Sekretariat.

†* **Bruchsal,** 8. Juli. Die Einweihung der von uns bereits erwähnten neuen Turnhalle wurde gestern durch ein hübsches Turnfest gefeiert, wozu sich auch einige Abordnungen auswärtiger Turnvereine und eine größere Zahl Karlsruher Turner eingefunden hatten; doch wäre wohl die Betheiligung fremder Gäste noch stärker gewesen, wenn nicht gerade in Württemberg ein großes Turnfest gestern begonnen hätte. Feierlicher Empfang der Gäste unter Vortragung der deutschen Fahne, Festzug durch die Stadt, Schauturnen, und ein Banket, welches mit einem improvisirten Bällchen endete, waren die äußeren Bestandtheile des Festes, bei welchem die rechte gemüthliche Turnerfröhlichkeit herrschte. Für das Publikum war namentlich das Schauturnen unterhaltend, wobei sehr schöne Leistungen von Körperkraft und Gewandtheit zu sehen waren.

Im Lauf der vorigen Woche wurden die Räumlichkeiten zu Kislau wiederholt von einer Kommission besichtigt, da es nunmehr im Plane liegen soll, dort eine Filialanstalt der Pforzheimer Heil- und Pflegeanstalt zu errichten, deren Ueberfüllung bekanntlich dringend Abhilfe erheischt.

Der starke Witterungs- und Temperaturwechsel hat auf die Gesundheitsverhältnisse dahier einen üblen Einfluß, in Folge dessen namentlich unter kleineren Kindern eine jetzt übrigens so ziemlich wieder verschwundene Art von Brechruhr mehrfach Opfer gefordert hat. Darf man einem bekannten Loostage trauen, so würde das unbeständige, meist kühle und regnerische Wetter bis zur Mitte des nächsten Monats anhalten, was dem dermalen ohnehin nicht gerade starken Zuge von Reisenden nachtheilig sein müßte.

§* **Pforzheim,** 8. Juli. Unsere junge Eisenbahn wird ungewöhnlich stark benützt. War dies bisher schon Werktags so, so war es am gestrigen Sonntag noch mehr der Fall. Alle Züge, namentlich alle von hier abgegangenen, waren reichlich besetzt. Der Zug, der $3^{50}$ von hier abgeht, zählte nicht weniger als 20 vollgepfropfte Personenwagen. Um 7 Uhr Abends, zu welcher Zeit der letzte regelmäßige Zug hieher gelangt, kamen zwei Züge statt einem, jeder mit einer großen Anzahl Wagen, und doch mußte eine der Lokomotiven wieder umkehren, um einen dritten Wagenzug nachzuholen. — Ich schrieb Ihnen neulich, daß auch von hier aus eine Adresse an Sir Henry Verney abging, um ihm den Dank für dessen Auftreten im englischen Unterhause betreffs der schleswig-holsteinischen Angelegenheit auszusprechen. Derselbe hat nun durch ein verbindliches Schreiben für die hiesige Zuschrift gedankt und dabei, neben den Aeußerungen der wärmsten Sympathie für das unterdrückte Land, insbesondere noch hervorgehoben, wie wichtig für ihn und seine Landsleute es sei, daß eine solche Zustimmungsadresse ihm aus Süddeutschland zugekommen ist. Denn dadurch werde die in England sehr verbreitete Ansicht, daß der ganze schleswig-holsteinische Handel ein von Preußen angesponnener sei, am besten widerlegt.

≙ **Ettlingen,** 8. Juli. Heute ist der langjährige Abgeordnete unseres Bezirks, Hr. Ullrich, der vorgestern einem längern Leiden erlag, zur Erde bestattet worden. Der Leichenfeier wohnte eine große Menge Leidtragender bei, darunter die sämmtlichen hiesigen Beamten, die Bürgerkollegien u. s. w. Auch hatten sich von Karlsruhe und Durlach mehrere Freunde eingefunden, um ihm die letzte Ehre zu erweisen, worunter eine Anzahl Abgeordnete unter dem Vortritt ihres Präsidenten, Hr. Geh. Raths Junghanns.

**Rastatt,** 6. Juli. (Fr. P.-Ztg.) Vor kurzem haben in dem nahen Forchheim auf Anordnung des Bundes größere Schießübungen mit gezogenen Kanonen stattgefunden, um namentlich auch die fernere Verwendbarkeit der bei den bisherigen glatten Röhren üblich gewesenen Laffetten zu erproben. Die aus Frankfurt hieher gesendete Kommission von Artillerieoffizieren bestand aus dem Bevollmächtigten des 9. Bundes-Armeekorps, dem kurfürstlich hessischen Obersten v. Cochenhausen, und aus den zweiten Bevollmächtigten von Oesterreich und Preußen, dem Oberstleutnant Tiller v. Turnfort und dem Major v. Scheliha.

△ **Freiburg,** 7. Juli. Ein hier schon längst und dringend gefühltes Bedürfniß ist, wie wir hören, in der jüngsten Zeit wieder in ernste Erwägung gezogen worden, nämlich der Bau eines neuen Lyceums. Die bisherigen Räume dieser Anstalt, welche die stärkste im ganzen Lande ist, sind allerseits als ungenügend schon längst anerkannt worden, und es wurden daher schon vor ungefähr 15 Jahren zu einem Neubau von der Kammer eine Summe bewilligt. Der Bau unterblieb damals äußerer Verhältnisse wegen, und konnte erst in neuerer Zeit wieder mit Aussicht auf Erfolg aufgenommen werden, indem das Haus, das inzwischen zur Gewinnung der nöthigen Räumlichkeiten erworben worden war, der früher dem Staate gehörige Petershof, vom Staate wieder zurückgenommen werden wird. Plan und Ueberschlag sind bereits höhern Ortes vorgelegt. Der Bau ist auf die obere Ecke der Bahnhofstraße projektirt und wird eine Zierde der Stadt werden. Die Verhältnisse der Anstalt haben sich aber in den letzten zehn Jahren so erweitert, daß, zumal bei den gesteigerten Preisverhältnissen, die frühere Summe nicht zur Herstellung der jetzt größer als damals nothwendigen Räumlichkeiten hinreicht. Und es ist daher auch wohl zu hoffen, daß die weiter nöthigen Mittel werden verwilligt werden. Auch die Stadtgemeinde nimmt natürlich lebhaften Antheil an der Sache, und hat die Gemeindebehörde für nächstens den Großen Ausschuß zusammenberufen, um neben anderen Angelegenheiten den Antrag zur Leistung eines Beitrages zum Neubau vorzubringen.

**Stuttgart,** 6. Juli. In der gestrigen Sitzung der Abgeordnetenkammer beantwortete, nach Erledigung des Etats des Departements des Aeußern, Minister v. Hügel die Interpellation Hölder's: ob es wahr sei, daß der württembergische Bundestags-Gesandte in Frankfurt a. M. ein Schreiben des sardinischen Gesandten zurückgewiesen habe, weil es mit dem Siegel des Königs von Italien verschlossen gewesen, und daß in Folge Dessen den württembergischen Konsuln in Italien das Exequatur entzogen worden sei; und wenn es wahr sei, was die Regierung zu thun gedenke. Der erste Theil der ersten Frage sei nicht wahr, denn der Thatbestand sei folgender: der Gesandte habe beim Ministerium telegraphisch angefragt, ob er das Schreiben annehmen solle, und er habe dazu die Weisung, jedoch zugleich den Auftrag erhalten, dem Gesandten zu bemerken, daß, da er am Bund nur als sardinischer, nicht als italienischer Gesandter beglaubigt sei, man annehmen müsse, daß der Verschluß des Schreibens mit dem Siegel des Königs von Italien nur ein Versehen sei. Obgleich nun Württemberg in der mildesten Form zu Werk gegangen, sei dennoch dem württembergischen Konsul in Livorno auf ganz ungerechtfertigte Weise das Exequatur entzogen worden. Was die zweite Frage betreffe, so gedenke die Regierung vorerst gar nichts zu thun, sondern habe den Konsul angewiesen, seine Funktionen einzustellen, und habe die württembergischen Unterthanen unter den Schutz des preußischen Konsuls gestellt. Hölder beruhigt sich hiebei nicht, sondern behält sich vor, einen Antrag dahingehend einzubringen und zu begründen: den diplomatischen Verkehr mit der italienischen Regierung im Interesse der württembergischen Staatsangehörigen wieder herzustellen.

In der heutigen Sitzung, wo die Diskussion über den Etat des Ministeriums des Auswärtigen fortgesetzt wurde und einige Positionen, namentlich die Exigenz von 10,000 fl. für den Gesandten zu München, längere Debatten veranlaßten, bemerkte der Abg. Hölder u. A.: Man habe auch auf die politische Seite der Sache hingewiesen und diesfalls das Zusammenstehen der süddeutschen Staaten hervorgehoben. Er möchte aber dieselben davor warnen, nicht zu einseitig in die Würzburger Bahn zu treten, denn es werde nothwendig werden, daß man sich mit Preußen in Verbindung setzen müsse, welches sich auch bereit erklärt habe, Süddeutschland zu vertheidigen. Frhr. v. Hügel: Die Regierungen der süddeutschen Staaten müssen hauptsächlich ihre Pflicht erfüllen und daran denken, sich selbst zu vertheidigen, und nicht erst abzuwarten, ob es Preußen Ernst damit sei, Süddeutschland im Fall eines französischen Angriffes zu vertheidigen. Schließlich wurde die geforderte Exigenz mit 52 gegen 25 Stimmen bewilligt.

* **Stuttgart,** 7. Juli. Die Nachricht eines hiesigen Lokalblattes von einem Schlaganfall, den der König in Nagaz erlitten haben soll, erweist sich völlig unbegründet.

**München,** 6. Juli. Die Kammer der Abgeordneten hat heute für den Bau der Eisenbahnen: 1) von Nördlingen bis an die württembergische Grenze, 2) von Ansbach bis nach Würzburg, und 3) von Nürnberg bis Würzburg das Anlehen von 22,910,000 fl. bewilligt; ferner beschlossen, die Regierung zu ersuchen, die Frage der Ausgabe von Papiergeld in Erwägung zu ziehen und gegebenen Falls der Kammer einen deßfallsigen Gesetzentwurf vorzulegen.

†† **Frankfurt,** 7. Juli. Die Entscheidung in der dänisch-deutschen Frage naht. Man erwartet täglich die Beendigung der noch zwischen Preußen und England schwebenden Verhandlungen, und sobald man hier über das Resultat informirt ist, werden die vereinigten Ausschüsse — wohl kaum in der nächsten, aber sehr wahrscheinlich in der nächstfolgenden Bundestags-Sitzung — ihren Bericht vorzulegen im Stande sein. Dem Vernehmen nach wiederholt übrigens eine neuere an die Mächte gerichtete Depesche des dänischen Kabinets mit großem Nachdruck und in längerer Ausführung, daß es, was auch eine Partei in Dänemark gewollt haben möge, nie die Absicht der Regierung gewesen sei, zu einer Inkorporirung Schleswigs zu schreiten.

**Kassel,** 6. Juli. Ein Korrespondent des „Frkf. Journ." hebt den freudigen Eindruck hervor, welchen der von Baden beim Bunde eingebrachte Antrag in Betreff der kurhessischen Frage in Kurhessen gemacht hat, und sagt dann: Die Form des Antrags ist der Art, daß ihn der Bund, ohne seiner Würde entfernt zu vergeben, zum Beschluß erheben kann. Ein solcher Beschluß würde aber der kurhessischen Regierung den einzigen plausiblen Grund für ihr Verhalten, daß sie sich der Autorität des Bundes beugen müsse, entziehen, und es wäre ihr dadurch das Entgegenkommen gegen die Wünsche des Landes zugleich wesentlich erleichtert. Indem man die hohe Bedeutung des badischen Antrags nicht unterschätzt, hat derselbe dazu beigetragen, die Hoffnung auf baldige Erfüllung der Begehren des Volkes neu zu beleben.

× **Koblenz,** 5. Juli. Die sämmtlichen Batterien der rheinischen Artilleriebrigade haben in diesen Tagen den Marsch zur Wahner Heide bei Köln angetreten, wo in diesem Jahre wiederum größere Schießübungen stattfinden. Dieselben werden sich vorzugsweise auf die Geschütze neuester Erfindung erstrecken und auch mit Belagerungsarbeiten verbunden und von ungewöhnlich langer Dauer sein. — Zu den Veränderungen, welche im Militärwesen bevorstehen, gehört auch eine beschlossene Verbesserung in der Kasernirung der Truppen. Es sind nämlich in Berlin und Breslau versuchsweise kleinere Abtheilungen von Soldaten in Häusern von angemessenen Raumverhältnissen in verschiedenen Stadttheilen untergebracht worden, wodurch man zu der Ueberzeugung gelangt ist, daß diese Art der Kasernirung oder vielmehr Wohnungsgewährung inmitten der Bürger viele Vortheile und Annehmlichkeiten für die Soldaten darbietet, ohne bedeutende Mehrkosten zu verursachen. Es sollen demnach auch in den offenen Städten, wie in den Festungen keine große Kasernen mehr erbaut werden. — Unser diesjähriger Wollmarkt, der gestern begonnen, hat eine ungewöhnlich große Quantität dieses Materials hiehergeführt; allein wiewohl die Güte der Waare nichts zu wünschen übrig läßt, ist doch die Nachfrage und die Zahl der bereits anwesenden Käufer gering. Man schreibt dies der allgemeinen Stockung in der industriellen und Handelsthätigkeit zu.

**Hamburg,** 5. Juli. (H. N.) Ein gestern zur Vertheilung gekommener Senatsantrag an die Bürgerschaft geht dahin, daß die im diesjährigen Budget für Bundeszwecke bewilligten Ct. Mark 12,000 um weitere Ct. Mark 12,000 erhöht werden.

**Aus Holstein,** 5. Juli. (Fr. P.-Z.) In diesen Tagen ist die für die beiden ersten Generalkommandodistrikte schon seit Monatsfrist eingetretene Reduzirung auch für das dritte Generalkommando (Holstein-Lauenburg) eingetreten, so daß nunmehr die ganze dänische Armee sich wieder auf dem Friedensfuß befindet, mit alleiniger Ausnahme der Artillerie.

**Berlin,** 6. Juli. Die „Allg. Pr. Ztg." widmet heute der Krönungsproklamation einen längeren Artikel, in welchem es u. A. heißt: „Wenn dunkle Gerüchte von Bestrebungen, die an eine Feier, die der Ehre der Krone gilt, dem Königthum fremdartige und der Verfassung feindliche Interessen zu knüpfen suchten, hier und da Besorgniß erregt haben, so sind wir gewiß, diese trüben Stimmungen werden nunmehr verschwunden sein." — Sicherm Vernehmen nach hat die preußische Regierung, neben der Ankündigung, daß sie einer Umwandlung der Gothaer Konvention bezüglich der Heimathlosen in ein Bundesgesetz nicht zustimmen könne, das österreichische Kabinet ersucht, gemeinsam mit Preußen die Theilnehmer jener Konvention zu kommissarischen Berathungen einzuladen, in welchen der Anschluß Oesterreichs auf Grund

er von demselben vorgeschlagenen Abänderungen erörtert werden würde. Das hiesige Kabinet spricht die Ueberzeugung aus, daß, da diese Abänderungen das Prinzip nicht berührten, eine vollständige Einigung unschwer zu erreichen sein werde. Zeit und Ort der Konferenz zu bestimmen, ist Oesterreich anheimgestellt. — Man versichert, daß eine Zirkulardepesche unserer Regierung abgegangen sei oder demnächst abgehen werde, in welcher die Regierung sich ihren deutschen Bundesgenossen gegenüber über die Bedeutung und Tragweite der mit Koburg-Gotha abgeschlossenen Militärkonvention ausspricht und zum Ueberfluß die Versicherung ertheilt, daß damit den bundesmäßigen Normen über Eintheilung und Verwendung des koburg-gothaischen Kontingents ein Eintrag weder geschehen solle noch werde. — Außer dem „volksthümlichen Wahlverein" hat sich noch ein neuer Verein zu Wahlzwecken, der „deutsche Volksverein", gebildet. Sein Programm schließt sich im Allgemeinen dem Programm der „deutschen Fortschrittspartei" an, betont jedoch auch noch einige spezielle Punkte, wie Trennung der Kirche von der Schule, die in dem ersten nicht enthalten sind. — Dem „Vlksbl." zufolge ist Herr v. Bardeleben, der Direktor des literarischen Bureau's, zur Disposition gestellt worden, nachdem er schon seit langer Zeit durch den gegenwärtigen Direktor, Hrn. Wehrenpfennig, vertreten war.

**Koburg**, 4. Juli. Die diesjährige Generalversammlung der Mitglieder des Nationalvereins wird den 23. und 24. August hier stattfinden.

**Dresden**, 5. Juli. Die Erste Kammer beschäftigte sich heute mit Petitionen und vollzog hierauf die Wahlen zum Staatsgerichtshofe. In der Zweiten Kammer erfolgte die Vorlage des allgemeinen deutschen Handelsgesetzbuchs.

**Wien**, 6. Juli. (Südd. Ztg.) Die Deak'sche Adresse wurde also von beiden Häusern des Pesther Landtags angenommen. Die Entgegennahme des Schriftstückes dürfte schon in den ersten Tagen der nächsten Woche stattfinden, und binnen acht Tagen die definitive Antwort des König-Kaisers und der Regierung erfolgen. Daß diese Rückantwort durchaus gar nicht im Sinne der Ungarn ausfallen wird, darf man als gewiß ansehen; vorläufig haben die Rathschläge des Hrn. v. Schmerling und die Ideen der Vertreter der Gesammtstaatsverfassung an maßgebender Stelle noch einen überwiegenden Einfluß. Die Erklärungen, die die „Donauzeitung" in dieser Hinsicht täglich an der Spitze ihres Blattes bringt, sind bezeichnend für die Ansichten des Ministeriums, das gerade in Folge der Nachgiebigkeit der Ungarn seinen Kredit in der Hofburg vermehrt sieht. Es soll in dieser Beziehung schon das äußere Zeremoniell, welches man beim Empfang der Adresse in Anwendung zu bringen gedenkt, bedeutungsvoll sein. Der Kaiser wird nämlich das Schriftstück nicht, wie man in Pesth wünscht, nur in Gegenwart des Hofkanzlers und des ungarischen Kabinetsmitgliedes ohne Portefeuille, Grafen Szecsen, entgegennehmen, sondern es sollen an seiner Seite auch die „deutschen Minister", die Vertreter der Gesammtstaatsideen im Ministerrathe, Schmerling, Plener, Lasser, Wickenburg, Pratobevera und Degenfeld anwesend sein. Das Maß der Konzessionen, zu denen man sich allenfalls verstehen würde, bewegt sich dem Vernehmen nach vollkommen innerhalb der Grenzen der Februarverfassung. Die Anerkennung der Gesammtstaatsverfassung und der Kompetenz des Reichsrathes in Sachen der Steuer- und Rekrutenbewilligung ist die Grundlage, auf welcher man sich in etwaige Unterhandlungen mit dem Pesther Landtage einzulassen bereit finden will. Es ist allerdings ein Vermittlungsvorschlag vom Grafen Szecsen vorhanden, welcher etwas weiter geht, der aber bisher noch keineswegs die Billigung des Kabinets erhalten hat.

In der Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 5. Juli beantwortete der Polizeiminister Mecsery die Interpellation wegen der Preßprozesse in Lemberg. Gegen den „Glos" sind 4 Preßprozesse anhängig, welche noch nicht erledigt werden konnten, da die Strafprozeßordnung die Behandlung verschiedener Anklagen gegen dieselbe Person im Zusammenhange fordert. Der Redakteur sei bedeutet, er möge von gewissen Aeußerungen Umgang nehmen oder die ganze Strenge des Gesetzes erwarten; das könne nicht „Instruktion" genannt werden. Der „Glos" sei kein österreichisches oppositionelles Blatt, sondern spezifisch polnischer Tendenz, die mit dem Bestande der Monarchie unvereinbar. Skene begründet hierauf einen Antrag bezüglich des Genossenschaftsgesetzes, das immer ein papierenes Gesetz bleiben werde. Laisser faire, laisser aller sei oberster Grundsatz in Gewerbssachen. Der Rest der Sitzung wurde von Ausschußwahlen in Anspruch genommen.

* **Wien**, 6. Juli. Hiesigen Blättern zufolge wird der Kaiser die Kaiserin in Korfu im Lauf der nächsten Woche besuchen. Der Tag der Abreise von hier ist noch nicht fixirt. Indessen treffen aus Korfu täglich Depeschen hier ein; sie bestätigen sämmtlich, daß sich das Befinden der Kaiserin bessere. — Durch französische Blätter ist hier eine Note zu Gunsten der weltlichen Macht des Papstes bekannt geworden, welche Fürst Metternich unter'm 28. Mai an Hrn. Thouvenel gerichtet hat; in derselben wird ein Projekt entwickelt, welches dahin geht, die französische Okkupation in Rom durch eine gemeinsame Besatzung von Seite Oesterreichs, Spaniens und Frankreichs zu ersetzen. (Die französische Regierung ist auf dies Projekt nicht eingegangen.) Die hiesige „Presse" unterwirft dieses Aktenstück einer einschneidenden Kritik, indem sie hervorhebt, daß eine Politik, die auch jetzt noch von den alten, in Rom und Italien überhaupt ruhenden Schwerpunkten nicht loskommen könne, die höchsten Gefahren für die Zukunft Oesterreichs, seine Stellung zu Deutschland und seine neuerrungene Freiheit in sich trage. — Nicht Graf Schlick, sondern der Erzherzog Ernst wird das Kommando in Niederösterreich erhalten und so Gelegenheit finden, seinen Sitz im Reichsrathe einzunehmen.

In **Innsbruck** wurden am 29. v. M. von der Bauernversammlung, wie dem „Vaterld." berichtet wird, folgende Beschlüsse gefaßt:

1) Eine Adresse an den hl. Vater in Rom, seinen Segen für Tyrol zu erbitten, damit die Treue gegen Gott und Kaiser nie wankend werde. 2) Eine Adresse an den Kaiser mit der Bitte, die Wirksamkeit des Patents vom 8. April für Tyrol einstweilen zu suspendiren, oder, wenn dieses nicht gewährt werden könnte, doch den Landtag baldmöglich wieder einzuberufen, um Schaden zu verhüten. 3) Eine Eingabe an den Landesausschuß mit dem Ersuchen, diese Adresse Sr. Majestät zu unterbreiten. 4) Eine andere Eingabe an den Landesausschuß, um die Ehre des Landes gegen die ihm in dieser Angelegenheit widerfahrenen Verunglimpfungen mit feierlichem Proteste zu wahren. 5) Eine Vertrauens- und Dankesadresse an die Wiener Reichstagsabgeordneten Fischer, Kerer, Riccabona und Sartori. 6) Eine scharfe Mißfallens- und Mißtrauensadresse an die Reichsrathsabgeordneten Pfretschner und v. Ingnam. 7) Eine Erklärung an die Redaktionen der „Presse", der „Ostd. Post" und der „Allgem. Ztg."

Diese sämmtlichen Urkunden, heißt es, seien von 52 mit regelmäßigen Vollmachten versehenen Deputirten für sich und im Namen ihrer Kommittenten unterzeichnet worden.

## Oesterreichische Monarchie.

**Pesth**, 6. Juli. Den Wiener Blättern geht telegraphisch folgendes Nähere über die schon kurz erwähnten Vorgänge in der gestrigen Sitzung des Unterhauses zu: In der um 6 Uhr eröffneten Sitzung stellte Hunkar folgenden Antrag, welcher auch in's Protokoll aufgenommen wurde: Indem das Haus aus dem königl. Reskripte mit „Befremden" wahrgenommen habe, daß der Form der Adresse eine der Absicht des Hauses zuwiderlaufende Erklärung gegeben wurde und das Haus sich dem Vorwurf, als habe es die Verwirklichung der im königl. Reskripte enthaltenen Zusagen verhindern wollen, nicht aussetzen will, so wird die Adresse in ihrer ursprünglichen Fassung und in der Form wie im Jahr 1790 vorgelegt werden. Ladislaus Lonyay äußerte einige Bedenken gegen das königl. Reskript, wurde aber nicht angehört, und Hunkar's Antrag ohne Widerrede zum Beschluß erhoben.

Wie man dem „Fr. J." telegraphisch meldet, sollten die Präsidenten beider Häuser bereits heute mit der Deak'schen Adresse nach Wien abreisen.

* **Aus Komorn** geht der „Allg. Ztg." eine Mittheilung über ein angebliches Komplott unter der aus 200 Mann bestehenden dortigen Strafkompagnie zu, welche sich dieser Festung zu Gunsten der Magyaren hätten bemächtigen wollen, und zu diesem Behufe mit je 200 englischen Revolvern, Dolchen und Feilen versehen gewesen seien. Die Sache sei jedoch verrathen und sämmtliche Komplottirende nach der Festung Königgrätz gebracht worden. Die „Allg. Ztg." selbst räth übrigens zu aller Vorsicht in der Aufnahme dieser Mittheilung.

**Agram**, 5. Juli. In der heutigen Landtags-Sitzung wurde die Debatte bezüglich der ungarischen Union fortgesetzt, wobei Bischof Stroßmayer mit seiner beifälligst aufgenommenen Rede den übrigen Theil der Sitzung in Anspruch nahm und sich für den Antrag des Zentralausschusses aussprach. Bischof Stroßmayer wies in seiner Rede nach, wie das dreieinige Königreich seit je her ein selbständiges, freies, ganz unabhängiges, mit Ungarn in bloßer Personalunion stehendes Königreich mit eigener Gesetzgebung gewesen; von letzterer habe es zwar im Jahr 1790 einige Theile an Ungarn abgetreten, sich aber das Recht vorbehalten, beliebig in seine frühere autonome Stelle zurückzukehren.

## Italien.

* **Turin**, 4. Juli. Man schreibt dem „Constitutionnel" u. A.: Man muß einige Duelle zwischen den Offizieren der regelmäßigen Armee und einem Garibaldischen Offizier bedauern. Sie wurden durch die unglückselige Affaire in Parma hervorgerufen, die sich vor etwa einem Monat zutrug. Der Garibaldianer M. R. hat sich bereits mit vier Chevauxlegersoffizieren von Montebello geschlagen. Er hat sie sämmtlich verwundet, ohne nur die geringste Verletzung davonzutragen. Das letzte Duell fand gestern Morgen statt. Der Verwundete ist der Sprößling einer großen Familie, und unglücklicher Weise lassen seine Wunden wenig Hoffnung übrig.

* **Turin**, 5. Juli. Kossuth ist in Turin angekommen. Die „Italia" dementirt die neue Proklamation Pinelli's an die Bewohner der Terra di Labora. Dasselbe Blatt bestätigt, daß der Brand der Lefevréschen Fabrik durch reinen Zufall entstanden sei.

**Rom**, 29. Juni. (Köln. Ztg.) In Betreff des chronischen Leidens des Papstes kann ich Ihnen als ärztlich beglaubigt mittheilen, daß die Wunde des rechten Fußes ihrer völligen Heilung nahe ist. Da indessen im Gesammtorganismus des hl. Vaters das lymphatische System entschieden vorherrscht, so werden bei äußern oder innern pathologischen Anlässen wohl auch künftig korrosive Hautdurchbrüche oder auch Fußrosen nicht ausbleiben. So lange nicht edlere Organe von dieser Krankheitsanlage affizirt werden, ist keine Gefahr vorhanden.

## Frankreich.

* **Paris**, 6. Juli. Es wird von wohlunterrichteter Seite her versichert, daß General Fleury definitiv als außerordentlicher Gesandter die Anerkennung Frankreichs nach Turin bringen werde; Kapitän Verdier wird ihn begleiten. — Marquis Demoustier hat seine Abreise von Wien auf einige Tage verschoben. — Der Prozeß Mirès wird nächsten Montag fortgesetzt. Hr. Plocque hat, da sein Kollege Mathieu noch immer durch Unwohlsein verhindert ist, die Vertheidigung des H. Mirès allein beendigt. Als bemerkenswerthen Zwischenfall kann man die Behauptung des Hrn. Senard, Advokaten des Marquis Pontalba, anführen, daß nämlich der von Mirès vorgebrachte Brief Pontalba's, worin dieser Mirès wie der ganzen Eisenbahnkasse den Untergang schwört, unecht sei. — Eine Depesche aus Smyrna vom 2. meldet, daß Osman Pascha, der Gouverneur dieser Stadt, auf Verlangen des englischen Generalkonsuls ein mit Pulver beladenes und nach den Jonischen Inseln bestimmtes Schiff im Hafen mit Beschlag hat legen belassen. — Die ersten Abtheilungen des für Cochinchina organisirten Korps fahren den 8. von Toulon ab. Es sind ungefähr 800 Mann. Sie gehen über Suez. — In Toulon hat am 5. Gegenadmiral Lacapelle den Gegenadmiral Chopart, dessen vorschriftmäßige Dienstzeit abgelaufen ist, im Kommando einer Division des Evolutionsgeschwaders im Mittelmeer ersetzt. — 3proz. 67.75.

## Spanien.

* **Madrid**, 5. Juli. Die Aufständischen sind, in Folge der Rekognoszirung, welche die kön. Truppen vorgenommen haben, von Loja geflohen, und haben sich in die Sierras (Berge) der Nachbarschaft zerstreut. Sie werden daselbst verfolgt.

## Belgien.

**Brüssel**, 5. Juli. (Köln. Ztg.) Im Borinage (Hennegau) hat eine weitgreifende Werkeinstellung der Kohlenarbeiter zu beklagenswerthen blutigen Konflikten mit der bewaffneten Macht Veranlassung gegeben. An mehreren Orten und zu verschiedenen Malen während der drei letztvergangenen Tage ist es zu blutigen Zusammenstößen gekommen, wobei die Arbeiter mit Stöcken und Steinen, sowie die Gendarmen und Truppen mit der blanken Waffe eingehauen. Die Zahl der Verwundeten und Verhafteten ist erklecklich; jene der Todten, unter denen auch einige Frauen, wird auf 5 bis 6 veranschlagt. Die Bewegung, hauptsächlich auf die Opposition der Arbeiter gegen ein neu eingeführtes Reglement begründet, ist noch nicht zu Ende.

## Rußland und Polen.

**St. Petersburg**, 6. Juli. Das „Journ. de St. Petersb." meldet, daß der außerordentliche Gesandte Preußens, Hr. v. Bismark-Schönhausen, zeitweise seinen hiesigen Posten verläßt. — Wie die „Börsen-Zeitung" meldet, wollen die hiesigen Bankiers zu den bestehenden Kursen nicht mehr trassiren; die Reichsbank allein hält die Kurse und gibt Wechsel ohne Limitum aus.

---

## Vermischte Nachrichten.

)( Aus dem Mittelrheinkreis, 8. Juli. Meine Einsendung in Nr. 139 der „Karlsr. Z." bezüglich einer Zusammenkunft der Lehrer an Gelehrten-, Mittel- und höheren Bürgerschulen hat die Wirkung gethan, welche ich von derselben nicht nur gehofft, sondern sicher erwartet hatte. Mehrfache Stimmen aus verschiedenen Theilen des Landes haben die Anregung als eine zeit- und sachgemäße begrüßt. Ob nun die Sache bereits von geeigneter Seite in Angriff genommen worden ist, darüber sind zwar Gerüchte, aber keine sicheren Nachrichten laut geworden. Die Zeit der beabsichtigten Lehrerversammlung betreffend, scheint mir die zweite Woche des Monats September, etwa der 10. oder 11., die passendste zu sein. Als Ort der Versammlung schlage ich, als in dem Mittelpunkt des Landes gelegen, Durlach vor. Zu diesem Vorschlag bestimmt mich aber, außer den Bequemlichkeiten und Räumen, welche Durlach bietet, besonders der passende Gang der Bahnzüge, welche um 9.4 von Mannheim, Heidelberg und Pforzheim, sowie aus dem Oberlande hier ankommen, um 5.19 Abends bis Mannheim und um 5.41 noch bis Offenburg gehen. Denjenigen HH. Amtsbrüdern, welche zu einleitenden Schritten aufgefordert haben, diene zur Nachricht, daß Einsender sich mit benachbarten Amtsgenossen über die Sache und namentlich über die Gegenstände der Verhandlungen näher besprechen, sowie die Bildung eines vorbereitenden Komitee's veranlassen wird, an welches sodann etwa gewünschte Berathungsgegenstände und Vorschläge, wenn es nöthig scheine, einzusenden wären.

§* St. Georgen, im Schwarzwald, 6. Juli. Vor einigen Tagen wurde auch dahier eine musikalische Abendunterhaltung zu Gunsten der Brandbeschädigten in Grünsfeld und Glarus abgehalten, welche von den hiesigen Einwohnern ziemlich zahlreich besucht ward. Kann die Spende bei dieser Veranlassung gerade auch keine reichliche genannt werden, so steht sie doch mit der Zahl der Theilnehmer in einem erfreulichen Verhältniß und zeugt hinlänglich von dem Wohlthätigkeitssinn, welcher die hiesigen Bürger beseelt, wenn es sich um die Linderung des Unglücks unserer Mitbrüder handelt. — Unser Ort gestaltet sich immer schöner und freundlicher. Seit einiger Zeit gibt sich ein sehr rühmlicher Eifer unter unsern Bürgern kund, welcher die äußere Verschönerung der Häuser zum Zweck hat. Mit wahrer Befriedigung gewahrt man bei diesen Renovationen einen guten Geschmack und einen Schönheitssinn, welcher besonders in der Mannigfaltigkeit und Verschiedenheit der einzelnen Dessins sich auszusprechen bestrebt ist.

— Düsseldorf, 4. Juli. (Düss. Ztg.) Seit gestern Morgen ist der hiesige Bankkassen-Diener Wilhelm Reichnow, nachdem er auf der Post über 100,000 Thlr. in Baar abgeholt und außerdem bei einem hiesigen Bankhause für mehrere tausend Thaler Wechsel einkassirt hatte, verschwunden. Derselbe war gegen 9 Uhr zur Abholung obiger Gelder, wovon ca. 1200 Thlr. in Gold in einem Paket und 100,000 Thlr. in Banknoten in einem Briefe sich befanden, zur Post geschickt worden; als er gegen 10 Uhr noch nicht wieder zurückgekommen war, wurde ihm ein Beamter der Bank nachgesandt, welcher bei der Post und dem erwähnten Bankhause vernahm, daß Reichnow daselbst die Gelder in Empfang genommen habe. Ein Polizeisergeant will denselben gegen 11 Uhr noch auf der Bolkerstraße gesehen haben.

---

## Marktpreise.

† **Karlsruhe**, 6. Juli. Auf dem hiesigen Fruchtmarkte am 3. Jul wurden zu Mittelpreisen verkauft: 89 Malter Haber zu 5 fl. 40 kr. Eingestellt wurden 53 Malter. Kunstmehl Nr. 1 (per 150 Pfund) 17 fl. 15 kr.; Schwingmehl Nr. 1 16 fl. — kr.; Mehl in drei Sorten 14 fl. 15 kr.

| | |
|---|---|
| In der hiesigen Mehlhalle blieben aufgestellt . . | 41,346 Pfd. Mehl. |
| Eingeführt wurden vom 27. Juni bis 3. Juli . | 101,893 Pfd. Mehl. |
| | 143,239 Pfd. Mehl. |
| Davon verkauft . . . . . | 109,029 Pfd. Mehl. |
| Blieben aufgestellt . . . . . | 34,210 Pfd. Mehl. |

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

V.406. Ettlingen. Entfernten Freunden geben wir die traurige Nachricht von dem gestern erfolgten Ableben unseres geliebten Vaters, Schwiegervaters und Großvaters, des Altbürgermeisters und Landtagsabgeordneten Jakob Ullrich. Er starb nach langem Leiden in seinem 65. Lebensjahre.

Ettlingen, den 7. Juli 1861.

Die Hinterbliebenen.

V.338. Karlsruhe.

## Erledigte Calculatorsstelle.

Bei der diesseitigen Revision ist die Stelle eines Calculators mit einem Gehalt von 700 fl. erledigt und soll vorerst provisorisch wieder besetzt werden. Die Bewerber haben ihre Gesuche unter Anschluß ihrer Zeugnisse innerhalb 14 Tagen dahier einzureichen.

Karlsruhe, den 3. Juli 1861.

Großh. Oberrechnungs-Kammer.
v. Stengel.
vdt. Bermeitinger.

V.413. Achern.

## Anzeige.

Unterzeichneter hat sich zur Ausübung der innern Heilkunde, Chirurgie und Geburtshilfe hier niedergelassen.

Achern, den 5. Juli 1861.

**Robert Rehmann,**
prakt. Arzt.

V.432. **Anerbieten**

Bei einer gebildeten Familie können ein, unter Umständen auch zwei wohlerzogene junge Leute, welche bis Spätjahr das hiesige Lyceum 2c. besuchen wollen, in Kost, Wohnung und unter Aufsicht genommen werden.

Anfragen wollen gefälligst portofrei an die Expedition dieses Blattes gerichtet werden.

## Associé-Gesuch.

Ein erfahrener Geschäftsmann mit einem guten Fabrikgeschäft sucht einen Associé von 8- bis 10,000 fl. zur Erweiterung seines Geschäftes. Am liebsten wäre ein Kaufmann oder Holzhändler, da sich das Geschäft am besten Punkte des Schwarzwaldes befindet. Schriftliche Offerten mit J. N. K. besorgt die Expedition dieses Blattes. V.434.

## Verwaltersstelle-Gesuch.

V.416. Ein junger Mann mit Familie wünscht als Verwalter auf einem Landgute sichere Anstellung; in jeder betreffenden Beziehung wird praktische Erfahrung nachgewiesen, sowie Dienstkaution erboten.

Nähere Auskunft ertheilt die Expedition dieses Bl.

## Werkführer-Gesuch.

V.382. Ein praktischer Werkführer, mit guten Zeugnissen versehen, wird von einer Maschinenfabrik gesucht.

Näheres ertheilt auf frankirte Anfragen die Expedition dieses Blattes.

V.212. Mannheim.

## Ein Referendär

kann auf dem Bureau des Unterzeichneten unter angemessenen Bedingungen ständige Beschäftigung finden.

Mannheim, den 3. Juli 1861.

Dr. **Bertheau.**

V.207. Müllheim.

## Zu verkaufen.

Partikulier H. Pandel dahier will aus Gesundheitsrücksichten seinen Wohnsitz verlegen, und deßhalb das in hiesiger Stadt gelegene zweistöckige Wohnhaus verkaufen. — Das Haus liegt an der nach dem Badorte Badenweiler führenden Straße, es ist in ganz gutem Stande, hat 10 Zimmer, wovon 7 heizbar, unter dem Hause befinden sich zwei gewölbte Keller, in dem geschlossenen Hofraum ist ein neuer Brunnen; die Oekonomiegebäude bestehen aus Wohnungsräumen für Dienstboten, Scheuer, Stallung, Remise, Trottschopf mit Zubehörde und Brennhaus. Bei dem Hause befinden sich 11 Viertel an die Straße grenzende Kraut-, Gras-, Baum- und Rebgärten, und es könnten auch noch 2 Viertel in der Nähe gelegene Aecker auf Verlangen abgegeben werden.

In einer gesunden, freundlichen Gegend, an einem der schönsten Punkte der Stadt, eignet sich das Haus nicht nur vermöge seiner Einrichtung zum Betrieb eines jeden Gewerbes, insbesondere einer Bierbrauerei, sondern es würde auch zu einem Aufenthalt auf dem Lande alle möglichen Annehmlichkeiten bieten. — Der größere Theil des Kaufschillings könnte stehen bleiben.

Kaufliebhaber wollen sich an den Unterzeichneten wenden.

Müllheim, den 1. Juli 1861.

**August Lang.**

V.396. Oberkirch.

## Anerbieten.

Mehrere gut erhaltene **Privatgebäulichkeiten** nebst daran stoßenden Gärten und Oekonomiegebäuden, ferner verschiedene **Wirthschaften** mit **Schildgerechtigkeit,** worunter sich eine ganz neueingerichtete **Bierbrauerei** befindet, sind aus freier Hand unter annehmbaren Bedingungen zu verkaufen, können täglich eingesehen und zum Besitz übergeben werden.

Zugleich erbiete ich mich zu allen mir möglich auszuführenden **Kommissionsgeschäften** jeder Art, wobei die größte Verschwiegenheit zugesichert wird.

Meine schon längst innehabende und mit gutem Erfolg betriebene **Feuer-, Hagel-** und **Lebensversicherungs-Agentur** bringe ich hiermit in empfehlende Erinnerung.

Nähere Auskunft über die einzelnen Gebäulichkeiten ertheilt unter portofreien Anfragen mit Vergnügen

**Oberkirch,** im Juli 1861,

Agent
**A. Drach.**

V.258.

# Baden-Baden.

# Hotel & Badhaus zum Petersburger Hof

**(vormals zur Sonne)**
**(gegenüber der neuen Promenade).**

Bei Beginn der Bade-Saison erlauben wir uns einem geehrten Publikum unsern mit allem Comfort eingerichteten Gasthof unter Zusicherung aufmerksamer und billiger Bedienung hiermit höflichst zu empfehlen.

***F. & L. Stambach.***

**Table d'hôte** um 1 und um 5 Uhr. Restauration à la Carte.

V.356. Neuburgweier, Bezirksamts Ettlingen.

## Oeffentliche Aufforderung.

Da der Aufenthaltsort der in dem untenstehenden Verzeichnisse genannten Gläubiger, sowie deren Rechtsnachfolger nicht ermittelt werden konnte, so werden dieselben hiermit öffentlich aufgefordert, die zu ihren Gunsten in dem Verzeichnisse bemerkten Grund- und Pfandbuchseinträge, wenn sie noch Giltigkeit haben, binnen 6 Monaten erneuern zu lassen, widrigenfalls dieselben auf Grund des Artikels IV. des Gesetzes vom 5. Juni 1860, Regierungsblatt Nr. XXX., Seite 214, gestrichen, beziehungsweise für erloschen erklärt werden.

Neuburgweier, den 2. Juli 1861.

Die Bereinigungskommission:
Bürgermeister Heitz.
Gemeinderath Eich.
„ Schindele.

| Ordnungs-Zahl. | Des Eintrags Datum. | Band. | Seite. | Namen und Wohnort des Schuldners. | Gläubigers. | Rechtstitel der Schuld. | Betrag der Schuld fl. | kr. |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| | | | | A. im Unterpfandsbuch. | | | | |
| 42 | 1826, 8. Sept., | I. | 14 b | Vitel Becker von hier, | Valerian Fahrer von Aue a./Rh., | Darleihen. | 122 | — |
| 44 | 1831, 27. Mai, | „ | 35 b | Vitel Kastner von hier, | Kommerzienrath Kaiser von Karlsruhe, | dto. | 800 | — |
| | | | | B. im Grundbuch. | | | | |
| 25 | 1823, 13. April, | I. | 23 | Egidius Rastätter von Mörsch, | Matheus Baldes, jetzt in Ungarn, | Kauf. | 164 | — |
| 26 | „ | „ | 24 | Franz Reichert d. j. von hier, | Derselbe, | „ | 87 | — |
| 27 | „ | „ | „ | Gottfried Dürrschnabel von hier, | Derselbe, | „ | 31 | — |
| 45 | 1818, 4. Okt., | „ | 7 b | Franz Reichert von hier, | Johann Beker Wittwe von hier, | „ | 500 | — |
| 46 | „ 10. „ | „ | 8 b | Martin Weiler von hier, | Johann Müller Wittwe von Mörsch, | „ | 70 | — |
| 47 | „ „ „ | „ | 9 | Josef Heitz von hier, | Dieselbe, | „ | 67 | — |
| 48 | „ „ „ | „ | „ | Egidius Rastätter von Mörsch, | Dieselbe, | „ | 153 | — |
| 49 | 1820, 11. Jan., | „ | 13 | Vitel Kastner von hier, | David Baldes, jetzt in Ungarn, | Tausch. | 700 | — |
| 52 | 1822, 3. März, | „ | 20 | Anton Schindele von hier, | Maria Anna Boll von Mörsch, | Kauf. | 50 | — |
| 53 | 1823, 5. Nov., | „ | 24 b | Franz Heitz von hier, | David Baldes, jetzt in Ungarn, | „ | 145 | — |
| 54 | „ 9. „ | „ | 27 b | Zachäus Walter von hier, | Schullehrer Koch von hier, | „ | 120 | — |
| 58 | 1825, 29. März, | „ | 36 b | Josef Beker, Lilienwirth von hier, | David Baldes, jetzt in Ungarn, | „ | 133 | 30 |
| 61 | 1827, 20. Aug., | „ | 52 | Anton Beker von hier, | Anton Beker, jetzt in Afrika, | „ | 500 | — |
| 66 | 1831, 27. April, | „ | 58 | Josef Ell Wittwe von hier, | Josef Ell Kinder von hier, | „ | 376 | — |

Verzeichnet Neuburgweier, den 2. Juli 1861.

Die Bereinigungskommission:
Bürgermeister Heitz.
Gemeinderath Eich.
„ Schindele.

V.351. Durlach.

## Gasthaus-Empfehlung.

Meinen geehrten hiesigen und auswärtigen Freunden und Gönnern, sowie dem reisenden Publikum die ergebene Anzeige, daß ich das **Gasthaus zum Bahnhof,** zunächst der Eisenbahn, käuflich an mich gebracht und eröffnet habe. Mit guten Speisen, reinen guten Oberländer Weinen und prompter Bedienung empfiehlt sich ergebenst,

Durlach, im Juni 1861,

**L. Wagner.**

U.997. Mannheim.

## Verkaufsanzeige.

In einer der größeren Städte Badens ist eine frequente Restauration mit Real-Schildgerechtigkeit unter annehmbaren Bedingungen zu verkaufen. Auskunft ertheilt unter portofreier Anfrage

**J. Wetzlar**
in Mannheim.

V.271. **Verkauf.**

Ein Paar Webervögel und 2 Steindrosseln. Näheres bei der Expedition dieses Blattes.

V.407. Karlsruhe.

## Bekanntmachung.

Höherem Auftrag zufolge werden am

**Donnerstag den 11. d. M.,**
**Vormittags 9 Uhr,**

im hiesigen Eisenbahnhauptmagazin ca. 12 Ztr. alter Federnstahl versteigert; wozu wir Liebhaber einladen.

Das Material kann in dem Hauptmagazin eingesehen werden.

Karlsruhe, den 6. Juli 1861.

Verwaltung der großh. Eisenbahnhauptwerkstätte und des Hauptmagazins.

V.409. Nr. 4506. Bonndorf. (Urtheil.) J. S. der Ehefrau des Mathias Kaiser, Afra, geb. Bertsch, von Gündelwangen gegen ihren Ehemann von da, Vermögensabsonderung betr., wird auf gepflogene Verhandlung zu Recht erkannt:

Es sei dem Gesuche der Klägerin um Absonderung ihres Vermögens von jenem des Beklagten stattzugeben und der Bekl. habe die Kosten dieses Rechtsstreits zu tragen.

V. R. W.

Bonndorf, den 27. Juni 1861.

Großh. bad. Amtsgericht.
Scheuermann.

V.275. Nr. 6064. Bretten. (Aufforderung.) Die Georg Winterle's Wittwe, Barbara, geb. Dubronner, von Gochsheim ist im Jahre 1851 nach Amerika gereist, ohne seither Nachricht von sich zu geben. Dieselbe wird daher aufgefordert,

sich binnen Jahresfrist

dahier zu melden und ihr in 280 fl. bestehendes Vermögen in Empfang zu nehmen, widrigenfalls sie für verschollen erklärt und ihr Vermögen ihren nächsten Anverwandten gegen Sicherheitsleistung in fürsorglichen Besitz gegeben werde.

Bretten, den 2. Juli 1861.

Großh. bad. Bezirksamt.
Flad.

V.398. Nr. 7619. Rastatt. (Aufforderung.) Matern Ball und dessen Schwester Agnes Ball von Au, welche seit 1812 an unbekannten Orten abwesend sind, werden aufgefordert,

binnen Jahresfrist

Nachricht von sich anher zu geben, widrigenfalls sie für verschollen erklärt und ihr Vermögen gegen Sicherheitsleistung ihren nächsten Erben in fürsorglichen Besitz gegeben werden würde.

Rastatt, den 2. Juli 1861.

Großh. bad. Oberamt.
Schaible.
vdt. Kuder.

V.429. Nr. 3212. Philippsburg. (Schuldenliquidation.) Heinrich und Cäcilie Oßwald von Wiesenthal, welche im Jahre 1853 mit Reisepaß nach Amerika gereist sind, haben nachträglich um Auswanderungserlaubniß und um Vermögensausfolgung gebeten. Etwaige Ansprüche an dieselben sind in der auf

Mittwoch den 17. Juli d. J.,
Vormittags 10 Uhr,

anberaumten Tagfahrt auf hiesiger Amtskanzlei geltend zu machen, widrigens dem Antrage stattgegeben werden wird.

Philippsburg, den 2. Juli 1861.

Großh. bad. Bezirksamt.
Hübsch.

V.412. Nr. 6764. Lörrach. (Gläubigeraufforderung.) In Sachen mehrerer Gläubiger gegen Schreiner Fritz Noll von Lörrach, z. Z. in Hauingen, Forderung betr.,

wird auf Bitte des Beklagten und seiner Ehefrau zum Versuche eines Borg- und Nachlaßvergleiches Tagfahrt auf

Montag den 15. Juli,
früh 9 Uhr,

anher angeordnet und werden dazu die Gläubiger des Beklagten vorgeladen.

Lörrach, am 1. Juli 1861.

Großh. bad. Amtsgericht.
Kerkenmaier.

V.388. Nr. 3418. Karlsruhe. (Erbvorladung.) Zur Erbschaft der am 15. April 1861 verlebten Ehefrau des Bürgers und Metzgermeisters Johann Georg Göbelbeker von Liedolsheim, Rosine, geborne Göbelbeker, sind ihre folgende Kinder mitberufen:

1) Georg Friedrich Göbelbeker, geboren 26. Februar 1823, angeblich als Küfer in Frankreich sich aufhaltend;
2) Karl Wilhelm Göbelbeker, geb. 19. November 1826, welcher ohne Gewerbe sich nach Frankreich begeben hat;
3) Magarethe Friederike Göbelbeker, geboren 17. Juni 1832, welche mit ihrem Ehemann Friedrich Kubach von Liedolsheim im Frühjahr 1861 nach Amerika ausgewandert ist.

Da der Aufenthalt dieser Kinder oder ihrer etwaigen Rechtsnachfolger dahier unbekannt ist, so werden sie auf Antrag ihrer Miterben hiermit aufgefordert, sich zur Empfangnahme ihres Erbtheils

binnen drei Monaten, von heute,

dahier zu melden, andernfalls die Erbschaft lediglich Denjenigen würde zugetheilt werden, welchen sie zukäme, wenn sie, die Vorgeladenen, zur Zeit des Erbanfalls gar nicht mehr am Leben gewesen wären.

Karlsruhe, den 6. Juli 1861.

Großh. bad. Landamts-Revisorat.
Schuster.
vdt. Würtz, Notar.

V.420. Nr. 7297. Offenburg. (Aufforderung und Fahndung.) Die ledige Johanna Benz von Oberneselried, welche unterm 12. Novbr. 1859 vom großh. Hofgerichte des Mittelrheinkreises wegen Landstreicherei zu sechsmonatlicher Kreisgefängnißstrafe verurtheilt und ein Jahr unter polizeiliche Aufsicht gestellt worden ist, hat sich vor Ablauf desselben von Hause entfernt. Auf Antrag der Polizeibehörde ist gegen sie Untersuchung wegen Bruchs der polizeilichen Aufsicht eingeleitet, und wird dieselbe aufgefordert, innerhalb 21 Tagen sich zu stellen, indem sonst nach dem Ergebniß der Untersuchung das Erkenntniß gefällt wird.

Wir bitten, auf die Benz zu fahnden und sie auf Betreten uns vorführen zu lassen. Dieselbe ist 25 Jahre alt, 4' 6" groß, von mittlerer Statur, gesunder Gesichtsfarbe, hat braune Haare, eine niedere Stirne, graue Augen und eine stumpfe Nase.

Offenburg, den 5. Juli 1861.

Großh. bad. Amtsgericht.
Heydweiller.

V.408. Nr. 9511. Emmendingen. (Aufforderung.) Gegen Rudolf Strauß von Frankfurt haben wir wegen Verheuerns von Lotterieloosen des Anlehens der k. k. österreichischen Kreditanstalt vom Jahr 1858 Untersuchung eingeleitet. Derselbe wird aufgefordert, sich binnen 14 Tagen zur Einvernahme anher zu stellen, widrigenfalls nach Lage der Akten Erkenntniß erlassen würde.

Emmendingen, den 29. Juni 1861.

Großh. bad. Oberamt.
Fingado.
vdt. Dölter.

V.411. Nr. 9382. Emmendingen. (Aufforderung.) Johann Georg Schlapp von Frankfurt steht wegen Verheuerns von Lotterieloosen des großh. bad. Staats-Eisenbahn-Anlehens und Aufforderung hiezu durch Privatbriefe an die Bürgermeister dahier in Untersuchung.

Derselbe wird aufgefordert, sich innerhalb 14 Tagen zur Einvernahme über das gegen ihn zur Anzeige gebrachte Vergehen anher zu stellen, widrigenfalls nach Lage der Akten erkannt würde.

Emmendingen, den 13. Juni 1861.

Großh. bad. Oberamt.
Fingado.

V.418. B.Nr. 3199. Freiburg. (Aufforderung.) Der Füsilier Franz Anton Riegger von Villingen ist der Insubordination durch wörtliche Widersetzung, der Unterschlagung ärarischen Eigenthums und der Desertion angeschuldigt. Da er sich auf flüchtigen Fuß gesetzt, so wird er hiemit aufgefordert, sich binnen 14 Tagen dahier zu stellen und sich zu verantworten, widrigenfalls nach Lage der Akten das Erkenntniß gegen ihn erfolgen sollte. Zugleich werden die verehrlichen Behörden ersucht, den Füsilier Riegger auf Betreten verhaften und hierher abliefern zu lassen.

Freiburg, den 7. Juli 1861.

Das Kommando des großh. 1. Füsilier-Bataillons.
Bayer, Oberstlt.

V.390. Nr. 9465. Bruchsal. (Aufforderung und Fahndung.) Der unten signalisirte Soldat Gustav Heß von Bruchsal, welcher des Diebstahls und der Unterschlagung verdächtig ist, hat sich unerlaubt aus seiner Garnison entfernt.

Derselbe wird aufgefordert, sich binnen 6 Wochen dahier oder bei seinem Kommando zu stellen, widrigenfalls er des Orts- und Staatsbürgerrechts für verlustig erklärt und in die gesetzliche Geldstrafe verurtheilt würde.

Auch wird dessen Vermögen mit Beschlag belegt.

Signalement.

Alter, 33 Jahre.
Größe, 5' 4" 4'''.
Körperbau, untersetzt.
Gesichtsfarbe, gesund.
Augen, braun.
Haare, dunkelbraun.
Nase, stumpf.

Bruchsal, den 4. Juli 1861.

Großh. bad. Oberamt.
Leiber.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)